

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redaktion und Geschäftsstelle:
Eric Nitzinghaus, Berlin.
Telefon: Carl-Duisenberg-Str. 4/5



Abdruck für Verlag und Verbreitung:
Berlin O 2 61, Tele-Telegraph-Post 6
Druckverlag: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung möglich. Abdruckung ist nicht zulässig, wenn nicht anders vermerkt ist. Copyright für alle Teile © Berlin.

Berlin, den 13. Sept. 1932.

ER und die Anderen.

Bismarcks Nachfolger, Herr von Papen, über die aufbauwilligen Kräfte.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. "Die Politik ist eine Sache geworden, in der Lug und Trug, jede Form der Gemeinheit, der Unwahrhaftigkeit, der List, der Perfidie erlaubt, Felonie Gesetz geworden ist!"

So rief es am Montag Abend Herr von Papen im Rundfunk, in einer Rede, die er im Reichstag nicht abladen konnte. Es war, als ER sich mit Bismarck verglich, als ER sich bitter über Hitler und dessen "nationale Opposition" beschwerte. Der Vater und Erfinder der "aufbauwilligen Kräfte" gegen seine Kinder.

Wahrlich, die Welt hat selten solch Schauspiel erlebt. Wer entsinnt sich nicht, als derselbe Herr von Papen ebenfalls im Rundfunk von Berlin und Genf die neuen nationalen Kräfte pries, mit denen er Deutschland zu Glück und Wohlstand führen werde? Sogar in englischer Sprache verkündete es dieser Reichskanzler den Amerikanern und den englisch sprechenden Völkern der Erde. Kein Kolumbus konnte stolzer sein auf seine plötzlich gesichteten Indianer, als dieser Nachfolger "des grossen, unerreichbaren Bismarck" auf seine in den Braunen Häusern entdeckten "aufbauwilligen Kräfte". Jawohl, am deutschen Wesen der SA sollten endlich die Völker genesen. Herrliche Zeiten sollten anbrechen.

Knapp zwei Monate ist es her. Aus den herrlichen Zeiten der Barone sind die herrlichsten Pleiten für das Volk geworden. Sein erster politischer "Führer" ist in wenigen Wochen so angeekelt von der Politik, dass er sie gleichsetzt mit jeder Form der Gemeinheit, mit Lug und Trug und List und Felonie. Aufrichtiger und ehrlicher wäre es gewesen, wenn Herr von Papen das Kind beim richtigen Namen genannt und anstelle von Politik das Wort Nazi-Partei gesagt hätte. Dann hätte die Philosophie und Melancholie über die Politik einen Sinn bekommen. Jenen Sinn, dass die berühmten "aufbauwilligen Kräfte" nur ein Wahn und ein Unsinn gewesen sind. Denn wenn Seine Klage im Rundfunk ein Beweis ist, so lediglich: dass dieser dem Herrenklub so vertrauenswürdige Reichskanzler der schlechteste Politiker Deutschlands ist.

Waren es denn nicht die im Herrenklub vereinigten Mächte der Reaktion und des bankrotten Kapitalismus, die Junker und Schlotbarone, die mit ihrem Geld und mit ihrem gesamten politischen und gesellschaftlichen Einfluss Herrn Hitler und seine Bewegung als Kettenhunde gegen die Arbeiterschaft, gegen den Marxismus und gegen "das System" grossgezogen haben? "Mit Hindenburg und für Deutschland" rief Herr von Papen. Wer hat denn gegen Hindenburg agitiert und gewählt, wer hat Hitler und seine SA finanziert? Haben etwa bei der Präsidentschaftswahl die Barone und Grossgrundbesitzer, die Erzherzöge, Prinzen und Fürsten Hindenburg gewählt? Ist es vergessen wie Hitler und seine Kumpans und sogar die Duesterberganhänger Hindenburg beschimpft, verleumdet und durch jeden Gassenkot gezogen haben? Stand damals Herr von Papen bei Brüning oder

stand er nicht gegen ihn im Herrenklub? Wo war damals Herr von Papen? Wo war seine Philosophie und Entrüstung, als gegen "das System", gegen die republikanischen Parteien, gegen Sozialdemokratie und Marxismus "jede Form der Gemeinheit und Unwahrhaftigkeit und Felonie" erlaubt und sogar gesehen war?

"Auf unsrem breiten Rücken sind die Barone in die Amtlichkeit gestiegen", schrieb Herr Goebbels vergangene Woche in seinem Naziblatt. Mit Hilfe des Herrn Hitler, durch die "Politik" des Herrn Hitler sind die Barone in die Macht geschlichen, und wenn diese Nazipolitik das ist, was von Papen am Montag im Rundfunk über sie sagte, dann sind auch die Mittel gekennzeichnet, mit denen der Herrenklub Brüning erdolcht und seine Beauftragten in die Minister-sessel gesetzt hat.

ER, Bismarcks Nachfolger, und seine Kollegen tun heute enttäuscht, tun angewidert von der Frucht und den Früchtchen ihrer aufbauwilligen Kräfte. Haben die Herren jemals geglaubt ein Fememörder Heines, ein Fememörder Schulz, die Beuthener Mörder und ihre Kameraden Hitler, Goebbels, Goering, Röhm und Pastor Münchmeyer, der Fleischbeschauer des Dritten Reiches, könnten "Politik" treiben, aus der Besseres herauskäme als "Lug und Trug und jede Form der Gemeinheit"? Nein, sie haben geerntet, was sie gesät! Denn es ist nicht nur Lug und Trug wenn diese Nazipartei ihr Ehrenwort gegenüber den Baronen und ihrem Reichskanzler gebrochen hat; nicht nur Lug und Trug wenn sich diese Nazis, weil sie nicht ihren Anteil an der Macht erraffen konnten, im Reichstag als die treuesten Hüter der Verfassung und "des Systems" aufspielen! Vom Anbeginn ihres Daseins waren diese Hitlerbanden nichts anderes als eine einzige Lüge und nichts anderes haben sie je getan als das Volk zu betrogen.

Sie haben den Arbeitern und Angestellten Arbeit und die höchsten Gehälter versprochen. Bezahlen und aushalten liessen sie sich von den Schwerindustriellen und Grossgrundbesitzern. Im "Kaiserhof" in Essen hat Herr Hitler mit ihnen getafelt und ihnen die billigsten Arbeitskräfte verheissen. Dem Mieter die niedrigsten Wohnzinsen - dem Hausbesitzer die höchsten. Dem Landarbeiter: Wohlstand und Land - dem Grossgrundbesitzer die Erhaltung der Latifundien! Den Armen und Hungernden die Beseitigung des Kapitalismus den Sozialismus - den Reichen die Verewigung des Privateigentums und des Kapitalismus! Dem Volke die Republik - den Fürsten und Baronen die Wiederherstellung der Monarchie! Den Katholiken die Erhaltung des lieben Gottes und des Christentums - den Protestanten die Austreibung der Jesuiten und die Vernichtung des Papstes und der "schwarzen Pest".

Das sind die "aufbauwilligen Kräfte", mit denen der Herrenklub seinen Pakt abgeschlossen und ER, Bismarcks Nachfolger, in die Macht gestiegen ist. Am Tage aber, da alle Liebesgaben Herrn Hitler und seinen Mannen nicht genügten, da ihr Postenhunger nicht befriedigt wurde, an diesem Tage kehrte sich das Gesicht und die Politik der Braunen Häuser auch gegen die Barone und "Feinen Leute". Die "aufbauwilligen Kräfte" der Diktatur, des Wortbruchs, des Bürgerkriegs, des Arbeiter- und Fememordes, des Lugs und Trugs wurden zu Hütern der Verfassung, der Demokratie, des Parlamentarismus und "des Systems". Mit der "schwarzen Pest" "kuhhandelten" sie bei Tag und bei Nacht mit Brüning und Hitler, Strasser und Bell, dem gleichen Dr. Bell, der den Versailler Friedensvertrag mit unterschrieben hat und dessen Kopf im Dritten Reich zuallererst rollen sollte.

Das ist die Nazipartei, das sind die Hitler und Konsorten, das sind die "aufbauwilligen Kräfte", das ist ihre "Politik". Eine Politik "der List, der Felonie, der Perfidie, des Lugs und Trugs und jeder Gemeinheit". So ER, Bismarcks Nachfolger. Wir aber sind überzeugt, dass das Volk ihm antworten wird: Sage mir, mit wem du umgehst und ich will dir sagen wer du bist....

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Dienstag in einer umfassenden und eingehenden Aussprache, die den ganzen Tag in Anspruch nahm, die einzelnen Probleme erörtert, die durch die Reichstagsauflösung aufgeworfen worden sind. Zugleich wurden die Aufgaben besprochen, die die bevorstehende Wahlbewegung der Sozialdemokratischen Partei stellt.

Der Kampf soll nicht nur um die Erhaltung der demokratischen Freiheiten geführt werden, sondern darüber hinaus der Aufrüttelung der Volksmassen zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung dienen. Zu diesem Zweck hat die Sozialdemokratische Partei bereits das Volksbegehren eingeleitet, durch das der sozialpolitische Teil der Notverordnung des Kabinetts von Papen vom 4. September 1932, mit dessen Hilfe der Tarifbruch und die Lohnsenkung durchgeführt werden sollen, ausser Kraft gesetzt werden soll. Zu gleicher Zeit wird die werktätige Bevölkerung aufgerufen, ihren Willen zur Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch die Unterstützung der von der sozialdemokratischen Fraktion bereits eingebrachten Anträge auf Sozialisierung der Schlüsselindustrien und der Banken, auf Enteignung des Grossgrundbesitzes, Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms, Enteignung der Fürstenvermögen usw. zu unterstützen. Die Fraktion protestierte schliesslich noch aufs schärfste gegen die polizeiliche Haussuchung in den Räumen des Reichstags in der Nacht zum 13. September, die einen Verstoss gegen die Verfassung darstellt. Die Beratungen werden Mittwoch vormittag fortgeführt.

An der Dienstag-Sitzung der Fraktion nahmen bis auf 5 Abgeordnete, die durch Krankheit oder Teilnahme an ausländischen Konferenzen verhindert waren, sämtliche Mitglieder der Fraktion teil.

SPD. Amsterdam, 13. September (Eig. Dr.)

Die Vorkommnisse in Deutschland werden in der niederländischen Presse sehr skeptisch beurteilt.

Der "Neue Rotterdamer Courant" hält den Reichskanzler von Papen und seine Freunde nicht für die geeigneten Leute, die Deutschland eine neue Verfassung zu geben vermöchten. Zu Schöpfern neuer staatsrechtlicher Formen für das deutsche Reich seien sie schon insofern nicht berufen, als es nicht den Eindruck mache, als ob die 90 % Deutsche, die hinter Zentrum, Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten ständen, ihnen zu gehorchen bereit seien. Die Junker ständen heute isolierter als im alten Deutschland da und wenn sie zu weit gingen, um ihre Macht abermals zu sichern, könnten sich daraus grosse Gefahren ergeben. Man müsse die Frage aufwerfen, wohin von Papen steuern wolle. Das sozialistische "Het Volk" stellt fest, dass in Deutschland nunmehr die öffentliche auf Bajonette und Maschinengewehre gestützte Diktatur herrsche und dass die Republik und das demokratisch-parlamentarische System aufgehoben seien. Die deutsche Sozialdemokratische Partei kämpfe nun nicht mehr für Weimar, sondern für die Verwirklichung des Sozialismus. Es könne eine Zeit schwerer Heimsuchung, Verfolgungen und gewaltsamen Unterdrückungen über das sozialistische Deutschland hereinbrechen. Dennoch brauche er an dem Endergebnis nicht zu zweifeln und es würde des Sieges sicher sein, wenn die Arbeiterklasse zur Wiederherstellung ihrer Einheit in der Lage wäre.

SPD. Am Dienstag tagte in Berlin der Bundsvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Aus den Darlegungen des Bundesführers Höltermann und der übrigen Mitglieder ging die Entschlossenheit hervor, auch in den neuen Kampf um die Sicherung der Rechte des Volkes mit aller Energie und unter Einsatz aller Kräfte zu führen. Zu diesem Zweck wurde eine Reihe grundlegender

der Beschlüsse für die nächsten Arbeiten des Reichsbanners gefasst.

Der Bundesvorstand gedachte ferner der 31 Toten, (21 Opfer politischer Gegner, 10 tödlich Verunglückte) und der anderen zahlreichen Opfer, die die vergangenen Wahlkämpfe dieses Jahres bereits aus den Reihen des Reichsbanners gefordert haben. Die Fürsorge für diese Opfer und die Kameraden, die durch harte Urteile in die Gefängnisse gebracht sind, wird auch in Zukunft kameradschaftliche Aufgabe des Bundes sein. Zur materiellen Bewältigung dieser Ehrenpflicht wird die Mithilfe aller Republikaner eingesetzt werden.

Ein Bericht über die Tätigkeit im Freiwilligen Arbeitsdienst ergab, dass das Reichsbanner z.Zt. 128 offene und geschlossene Arbeitslager unterhält.

SPD. Prag, 13. September (Eig. Drahtb.)

Die tschechischen Blätter erklären, dass durch die Reichstagsauflösung wieder Unruhe in die internationale Politik gebracht worden sei, die alle Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung bedrohen könne. Hitler werde bei den Neuwahlen seinen Besitzstand keineswegs vergrößern können.

SPD. Das Kabinett der Barone hat den Reichstag ausgeschaltet. Gegen den Willen des Volkes soll der sogenannte Wirtschaftsplan Papen durchgeführt werden. Ungeachtet des vernichtenden Misstrauensvotums fühlt sich diese Regierung als Herrin in Deutschland. Sie hat sich selbst ermächtigt, die Arbeiterrechte abzubauen, die Löhne zu senken, das Tarifrecht zu zerschlagen. Die grundsätzlich neue Staatsführung besteht darin, dass die Arbeiterschaft keinen Einfluss mehr haben soll auf den Staatswillen und die Gesetzgebung. Das Kabinett der Barone will mit einem Wort den Obrigkeitsstaat, in dem die Arbeiter lediglich Objekte der Gesetzgebung sind. Mit der Auflösung des Reichstags glaubt sie die Ausschaltung der Arbeiterschaft endgültig vollzogen zu haben. Vielleicht denkt sie heute schon daran, auch den neu zu wählenden Reichstag wieder aufzulösen, wenn er nicht will, wie sie will.

Aber die Rechnung der Nazi-Barone hat ein Loch. Es gibt ein Mittel, um dem Willen des arbeitenden Volkes Geltung zu verschaffen, und dies Mittel ist der Volksentscheid. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb einen Gesetzentwurf zu Volksbegehren und Volksentscheid gestellt, der die Auflösung des sozialpolitischen Teiles der Papen-Verordnung fordert. Nach dem Gesetz und der Verfassung gibt es für die Regierung keine Einspruchsmöglichkeit. Die Befragung des Volkes über die Papen-Notverordnung auf diesem Wege muss durchgeführt werden, und wir sind sicher, dass das Ergebnis noch vernichtender sein wird, als die Abstimmungen im Reichstag.

Mit der Einleitung dieses Volksbegehrens ist die Möglichkeit zur Sammlung der gesamten Arbeiterschaft, des gesamten arbeitenden Volkes auf einen praktischen Willensausdruck gegeben. Dieser Gesetzentwurf gegen die Papen-Notverordnung hat nichts zu tun mit den parteipolitischen und taktischen Fragen, die die Arbeiterschaft zerreißen. Hier geht es ganz einfach um das Recht der Arbeiter, um das, was alle wollen. Hier kann sich eine wahrhaftige Einheitsfront bilden, die den Baronen und den Unternehmern machtvoll und erfolgreich entgegentritt. Wir sind sicher, dass diese Einheitsfront von gewaltiger Wucht sein wird, dass sie Erfolg haben wird.

Trotzdem versucht die kommunistische Führung heute schon, die Bildung einer einheitlichen Front aller Arbeiter gegen die Papen-Verordnung zu verhindern. Diese traurigen Gesellen haben angesichts des Diktaturwillens der Regierung der Barone nichts anderes zu tun, als hasserfüllte Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie in die Arbeiterschaft zu werfen und von vornherein Stellung gegen das Volksbegehren zu nehmen. Als der "Stahlhelm" im Bunde mit

den Nationalsozialisten einen Volksentscheid gegen die demokratische preussische Regierung veranstaltete, hat die kommunistische Führung nicht Stellung dagegen, sondern dafür genommen! Damals wurde ein Schlag gegen die politischen Rechte der Arbeiter geführt - da war die kommunistische Führung dabei! Heute gilt es, die Arbeiter-Rechte zu verteidigen, heute gilt es eine Aktion, die Erfolg haben muss - da beginnt die kommunistische Führung von vornherein mit der Sabotage!

Die Kommunistische Reichstags-Fraktion lügt den Massen vor, dass unser Volksbegehrensantrag übelster Betrug sei, da er sich nur auf den sozialpolitischen Teil bezieht. In dieselbe Kerbe haut die kommunistische Presse. Sie behauptet dreist, dass mit diesem Antrag die Sozialdemokratie die übrigen Teile der Papen-Notverordnung, die Steuergutscheine wie die Zerschlagung des Tarifrechts und die Lohnsenkung billigt. Das ist eine traurige Lüge! Die Kommunistische Reichstags-Fraktion weiss recht gut, dass Bestimmungen, die den Etat oder die Steuergesetze betreffen, nicht zum Volksentscheid gestellt werden dürfen, dass also ein Antrag, die gesamte Papen-Notverordnung ausser Kraft zu setzen, von der Regierung mit der Verhinderung des Volksbegehrens beantwortet werden würde. Die Zulässigkeit eines Volksbegehrens gegen den sozialpolitischen Teil der Notverordnung aber ist unanfechtbar. Fällt dieser Abschnitt der Papen-Verordnung, so fällt die Möglichkeit zur Lohnsenkung, zur Zerschlagung des Tarifrechts und der Sozialpolitik, und damit verliert die kapitalistische Offensive ihren Sinn und ihren Wert für die Unternehmer.

Die kommunistische Führung will sabotieren, obgleich dies Volksbegehren allen Erfolg verspricht, ja, vielleicht, weil es Erfolg verspricht! Denn die kommunistische Führung kennt von jeher und auch heute noch nur ein Ziel: Hass zu entfesseln gegen die Sozialdemokratie und die Einheit der Arbeiterschaft im Kampfe zu verhindern!

Dieser hasserfüllte Angriff der kommunistischen Führung gegen die Einheitsfront des arbeitenden Volkes gegen Papen wird gegen die Hetzer selbst aus schlagen! Es wird sich eine Welle des Zornes gegen die Saboteure erheben. Jeder Arbeiter wird erkennen, dass hier die Möglichkeit ist, die Arbeitermacht gegen Papen erfolgreich zu zeigen, und er wird erkennen, dass es jetzt gilt, die Klassenfront für den sozialdemokratischen Volksentscheid zu schließen.

Wir wollen den Kampf gegen Papen und seine Notverordnung, und unsere Strafe für die kommunistischen Saboteure wird darin bestehen, dass wir diesen Kampf zum Siege führen werden!

SPD. Der Reichsparteivorstand und die Reichstagsfraktion des Zentrums haben am Dienstag eine Entschliessung angenommen, die eine neue, ausserordentlich scharfe Kampfansage an die Regierung Papen darstellt. Es heisst darin: "Am 4. Juni dieses Jahres ist der Reichstag von der Reichsleitung mit der Begründung aufgelöst worden, dass er in seiner Zusammensetzung dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspreche. Am 12. September hat man ihn aufgelöst, weil, wie es heisst, die "Gefahr" bestand, dass der Reichstag die Aufhebung der erlassenen Notverordnung verlangte. In beiden Fällen waren Anlass und Ziel gleich, der Wille zum Fortbestand einer Reichsregierung, die sich im Widerspruch zur Verfassung als "unabhängig" erklärt und in der Volksvertretung keinerlei Vertrauen hat. Das beweist unwiderlegbar das Ergebnis der entscheidenden Abstimmung im Parlament. Von 560 Abgeordneten stimmten nur 42 für, 512 gegen die Reichsregierung.

Artikel 48 der Verfassung gibt dem Reichstag das Recht, verordnete Notmassnahmen ausser Kraft zu setzen. Das Auflösungsdekret vom 12. September hat dem Reichstag die Ausübung dieses Rechts unmöglich gemacht. Darum widerspricht diese Auflösung dem Sinn der Reichsverfassung.

Im Reichstag waren ausreichende und willige Kräfte vorhanden, um eine sachliche Zusammenarbeit zwischen Reichspräsidenten, Reichsregierung und Volksvertretung zu sichern, entsprechend der Auffassung, die der Herr Reichspräsident seinerzeit ausgesprochen und bei seiner Vereidigung erhärtet hat: "Ich bin vom Volke gewählt und der Reichstag ist vom Volke gewählt. Der Reichspräsident und der Reichstag gehören zusammen. Einer kann nicht ohne den anderen sein."

Die Regierung von Papen aber arbeitete tatsächlich gegen das Zusammenwirken der arbeitsbereiten Kräfte im Parlament. Ihr Bemühen ging dahin, den Reichstag von vornherein als arbeitsunfähig zu erklären und ihn arbeitsunfähig zu machen. Sie brauchte einen solchen Zustand um ihr Dasein daraus herzuleiten. Die Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Vertretern weiter Volksgruppen im Parlament sind von ihm zu einem seltsamen Doppelspiel benutzt worden. Statt zusammenzuführen, spielte er die eine Gruppe gegen die andere aus.

Die Zentrumsparterie hat sich mit beharrlicher Ausdauer um das Zustandekommen einer sachlich begründeten arbeitsfähigen Grundlage im neuen Reichstag bemüht. Um dieses Ziel zu erreichen war sie bereit, Fühlung zu nehmen mit jeder Partei, die den Gedanken positiver Zusammenarbeit verantwortungsbewusst bejahte. Die Rechte des Herrn Reichspräsidenten sollten dabei gesichert, die Rechte der Volksvertretung gewahrt werden. Unverrückbar stand vor uns die Aufgabe, mit allen Kräften zu verhüten, dass eine Regierung den Weg gefährlichster Experimente weiterging und damit der Zerrüttung unseres innenpolitischen Lebens Vorschub leistete.

Die Regierung von Papen hat ihren Willen durchgesetzt. Das ganze deutsche Volk wird die Folgen zu tragen haben vor allem in wirtschaftlicher Beziehung, weil es einen dauernden Aufschwung des Wirtschaftslebens nur bei normalen und stabilen politischen Verhältnissen geben kann. Die Schuld fällt auf die gegenwärtige Reichsregierung."

SPD. London, 13. September (Eig. Drath.)

In der kleinen Gruppe von Labour-Parlamentariern, die unter Führung MacDonaldis die nationale Arbeiterpartei bilden, sind Meinungsverschiedenheiten entstanden, die ihren Ausdruck in dem Rücktritt von Lord Allen von der Redaktion der Monatsschrift dieser Gruppe fanden. Die durch Lord Allen repräsentierte Minderheit wollte das sozialistische Element, das trotz allem MacDonald und seine Freunde noch für sich in Anspruch nehmen, stärker betonen. Die Spannungen sind immerhin noch nicht so gross, dass Allen der Gruppe völlig den Rücken kehren will. Sie verdienen aber als Symptom verzeichnet zu werden und zwar in einem Augenblick, in dem sich die liberalen Mitglieder in MacDonaldis nationalem Kabinett ernsthaft überlegen, ob sie die Verantwortung für die in Ottawa vereinbarten englischen Zölle übernehmen können.

SPD. Der Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichstag, der durch die Auflösung des Reichstags eingeleitet wurde, hat sich inzwischen wesentlich verschärft.

Am Dienstag trat unter dem Vorsitz des Abg. Löbe der Ueberwachungsausschuss des Reichstags zusammen. Für die Reichsregierung erklärte ein Ministerialdirektor, die Reichsregierung halte das Vorgehen des Reichstagspräsidenten in der Montagsitzung des Reichstages mit der Reichsverfassung und mit der Geschäftsordnung des Reichstags nicht für vereinbar. Der Reichstagspräsident habe an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem er die Beschlüsse des Reichstags mitteilte. Da die Regierung aus diesem Schreiben ersehe, dass

der Reichstagspräsident die Auflösung des Reichstags nicht anerkenne, so lehne sie es ab, in Verhandlungen mit der Ueberwachungsausschuss einzutreten, ehe der Reichstagspräsident dieses Schreiben nicht zurückgezogen habe.

Alle Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen stellten fest, dass dieses Verhalten der Reichsregierung den Bestimmungen der Reichsverfassung widerspreche. Der Ausschuss beschloss deshalb, den Reichskanzler und den Reichsinnenminister zum Erscheinen vor dem Ausschuss aufzufordern. Da die Regierung trotzdem das Erscheinen ablehnte, wurde folgender sozialdemokratisch Antrag angenommen:

Der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung hat gemäss Artikel 33 der Reichsverfassung die Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsministers des Innern zu seiner heutigen Sitzung verlangt. Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern haben ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig gemacht. Das ist nach dem klaren Wortlaut des Art. 33 der Reichsverfassung nicht zulässig, wie die Reichsregierung durch ihr Verhalten in den Sitzungen vom 22. und 25. Juli 1932 anerkannt hat.

Der Ausschuss stellt fest, dass sich der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern durch ihre Handlungsweise eines offenen Bruches der Reichsverfassung schuldig gemacht haben. Er erwartet, dass der Herr Reichspräsident als der berufene Hüter der Verfassung den Herrn Reichskanzler und den Herrn Reichsminister des Innern zur Erfüllung ihrer verfassungsmässigen Pflichten unverzüglich anhalten wird.

Der erste Teil des Antrages wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen der zweite Teil gegen Deutschnationale und Kommunisten angenommen. Der Ausschuss beschloss ferner, diese Entschliessung durch den Reichstagspräsidenten und den Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses ausser der Reichsregierung auch dem Reichspräsidenten zu übermitteln.

Der zweite Teil der Verhandlungen im Ueberwachungsausschuss drehte sich um die Frage, ob die Auflösung des Reichstags zu Recht erfolgt sei und ob die Abstimmungen ordnungsgemäss vorgenommen worden sind. Auch hierbei traten lediglich die Deutschnationalen als Verteidiger der Reichsregierung auf. Kläglich war die Haltung des Reichstagspräsidenten Göring und der Nationalsozialisten. Mehrfach erklärte Göring, dass er im Gegensatz zu seiner ursprünglichen Haltung jetzt die Reichstagsauflösung als rechtsgültig anerkenne. Der Abg. Frank II beteuerte, selbstverständlich würden die Nationalsozialisten nur im Rahmen der Verfassung handeln. Für die Sozialdemokratie erklärte Abg. Dr. Hoegner, die Regierung habe nicht einmal den Versuch zur Zusammenarbeit mit der Volksvertretung gemacht, den Konflikt auf das machtpolitische Gebiet verschoben und dadurch Sinn und Geist der Verfassung verletzt. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen bei Stimmenthaltung der Kommunisten wurden folgende Anträge angenommen:

Die am 12.9.1932 ausgesprochene Auflösung des Reichstags verstösst gegen Art. 25 Abs. 1 der Reichsverfassung, weil die in dem Auflösungsdekret angenommene Gefahr, der Reichstag könnte die Aufhebung bestimmter Notverordnungen verlangen, keinen konkreten Anlass darstellt, wie er im Art. 25 Abs. 1 der Reichsverfassung gefordert wird.

Die am 12.9.1932 ausgesprochene Auflösung des Reichstags verstösst gegen Art. 48 Abs. 3 Satz 2 der Reichsverfassung, weil sie das wichtige verfassungsmässige Recht des Reichstags, die Aufhebung von Notverordnungen zu verlangen, verletzt und eine Wiederholung der Auflösung dieses Recht des Reichstags dauernd beseitigen würde.

Die von dem Herrn Reichskanzler in seiner Rundfunkrede vom 12.9.1932 proklamierte unabhängige Staatsführung bedeutet einen verfassungswidrigen Angriff auf die verfassungsrechtliche Stellung des Reichstags.

Ferner wurde beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, zur Sicherung der Wahlfreiheit die bestehenden Presseverbote aufzuheben, sowie den Wahltermin

für den neuen Reichstag unverzüglich bekannt zu geben.

Mit dieser Stellungnahme des Ueberwachungsausschusses ist der Konflikt zwischen der Reichsregierung und dem Reichstag nur in ein helleres Licht gerückt worden. Entschieden wird er nicht mit juristischen Gründen, sondern durch das Volk bei den Wahlen und bei dem von der Sozialdemokratie eingeleiteten Volksentscheid. Inzwischen aber wird man erwarten dürfen, dass der Reichspräsident entsprechend dem Verlangen des Ueberwachungsausschusses die Reichsregierung zu verfassungsmässigem Verhalten anhält.

SPD. In der Papen-Stunde des Rundfunks wurde am Dienstag-Abend die am Montag von dem Reichskanzler Herrn von Papen gehaltene Rundfunkrede nochmals von Wachsplatten über alle deutschen Sender übertragen. Wie es hiess "auf vielfachen Wunsch", als ob es sich um eine Schmierkomödie und ihren ersten Heldendarsteller gehandelt hätte und nicht um die Rede des Nachfolgers eines grossen Amtsvorgängers wie Bismarck.

SPD. Paris, 13. September (Eig. Drahtb.)
Das Hauptinteresse der Pariser Dienstag-Nachmittagspresse konzentriert sich auf die Vorgänge in Deutschland, die mit steigender Unruhe verfolgt werden; denn man befürchtet, dass die Rückkehr zum Vorkriegsregime, die sich unter der Führung der Herrenklub-Regierung zu vollziehen scheint, nicht nur innenpolitische, sondern auch ernste aussenpolitische Rückwirkungen zur Folge haben wird.

Der Chefredakteur des gemässigten "Paris Midi" schreibt zur Lage in Deutschland: "Die Haltung, die der Reichskanzler gegenüber der französischen Antwortnote einzunehmen scheint, sei ein Beweis für die Rückkehr zur alten Aussenpolitik Deutschlands. In einer offiziellen Berliner Meldung sei angekündigt worden, dass Deutschland nicht an der Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz teilnehmen werde. Das bedeute aber nichts anderes als ein neues Wett-rüsten und die einseitige Annullierung der Verträge. Man müsse zwar noch hoffen, dass Deutschland reichlich überlege, bevor es die Welt in eine neue Katastrophe stürze, denn noch andere Nationen hätten ein Wort mitzureden, vor allem England und Amerika. Von deren Haltung werde schliesslich alles abhängen."

Der "Temps" erklärt, die deutsche Krise sei am Montag in eine neue Phase eingetreten, die Europa schwere Sorgen mache. Was Frankreich und die anderen Nationen am meisten interessiere, ob es in Berlin überhaupt noch eine Macht gebe, mit der man nützlich verhandeln und Verträge abschliessen könne. Das Votum des Reichstags beweise, dass das Kabinett von Papen nur durch den persönlichen Willen des Reichspräsidenten existiere und dass es mehr als 33 Millionen Wähler gegen sich hat. Habe diese Diktaturgewalt, die nur mit Dekreten und mit der Unterstützung der Reichswehr regieren könne, die notwendige Autorität, das deutsche Volk bei internationalen Regelungen zu vertreten, die von kapitaler Bedeutung für ganz Europa seien?

Die nationalistische "Liberté" fragt, ob angesichts der Entwicklung in Deutschland und der deutschen Militärforderung die französische Regierung es zulassen werde, dass Italien der Verbündete Deutschlands werde. Frankreich müsse sofort versuchen, die Freundschaft Italiens wieder zu erobern und ein Programm für die Verhandlungen und die Opfer aufstellen, die Italien gewährt werden müssten. Frankreich habe Deutschland so viele unnütze Konzessionen gemacht, dass man es nicht verstehen würde, wenn es nicht seinem Verbündeten von gestern auch welche gewähre, um den Frieden Europas zu sichern. Die Freundschaft Italiens habe in dieser Stunde einen unschätzbaren Wert.

SPD. "Gut, dass das der alte Fritz nicht mehr zu erleben brauchte."

So beginnt ein Leitartikel in der Berliner "Kreuz-Zeitung", dem derzeitigen Stahlhelm- und Regierungsorgan der Herren Papen, Seldte und Duesterberg. Und weshalb die Freude und Feststellung, dass der alte Fritz 1786 gestorben ist? Damit er "den neuen Dolchstoß" nicht erlebt hat, den der Reichstag am 12. September "der Leitung unsres Staates versetzen wollte".

Zwar hätte dieser Dolch einen Riesenstiel haben müssen, denn 513 Abgeordnete wollten das Instrument Herrn von Papen von hinten einstossen; zwar trägt das "Bundesorgan" auf seinem edelsten Körperteil das Bismarckwort, dass wir Deutsche nur Gott fürchten; aber es graut den Frontsoldaten der Redaktion, dass die unwürdigen Volksvertreter und Fanatiker des Parlamentarismus ihren Dolchstoß gegen Hindenburg und die "neue Staatsführung" angesichts der uns immer noch umzingelt haltenden waffenstarrenden Feinden führen wollten!

Da wendet der Stahlhelm mit Grausen sein Gesicht, klatscht sich stürmischen Beifall, lobt Gott und alle je auf den Schlachtfeldern gefallenen deutschen Geister, dass sie ihn anders werden liessen, als solche 513 Agenten des Auslandes. Lobt sich, dass er fest und treu zu Hindenburg steht, gegenden frevelhaften Ungeist der Parteien, dass er "unter Hindenburgs Führung" kämpfen kann, gleich "Treue um Treue", "bis zum endgiltigen Sieg".

Wir sind keine Anbeter des alten Fritz, aber wenn er schon einmal als Zeuge angerufen, so wird er sich zweifellos im Grabe herumdrehen über diese "Treue um Treue" eines Stahlhelm, der bei der ersten Präsidentenwahl für Duesterberg gegen Hindenburg stand und bei der zweiten Wahl die Stimme freigab für Hitler. Und so etwas spricht noch von "Treue"!

Wir zweifeln, ob es dem alten Fritz sehr angenehm wäre, unter solchen neudeutschen Kriegern und Schleimkriechern leben zu müssen.

SPD. Paris, 13. September (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der Republik hat das Gnadengesuch des Präsidentenmörders Gorgulow abgelehnt. Die Hinrichtung Gorgulows erfolgt deshalb am Mittwoch-Morgen auf dem Boulevard Arago in der Nähe des Gefängnisses, in dem der Mörder zurzeit sich befindet.

Frau Gorgulow, die am Dienstag nachmittag ein letztes Mal mit ihrem Mann sprechen wollte, hat keine Besuchsgenehmigung erhalten. Man befürchtete, dass sie durch ihre Aufregung die Entscheidung des Präsidenten verraten würde. Von der Ablehnung des Gnadengesuchs soll Gorgulow erst kurz vor der Hinrichtung unterrichtet werden.

SPD. In der Nacht vom Montag zum Dienstag sind die Räume der Kommunistischen Fraktion im Reichstag von Beamten der Kriminalpolizei durchsucht worden. Das Eindringen der Polizei in den Reichstag ist ohne Genehmigung des Reichspräsidenten, dem die Polizeigewalt zusteht, erfolgt. Angeblich hat der Verdacht bestanden, dass das Reichstagsgebäude in die Luft gesprengt werde.

In der Sitzung des Ueberwachungsausschusses, in der die Kommunisten wegen dieser Verfassungsverletzung Beschwerde erhoben, erklärte Reichstagspräsident Göring, dass die Polizei ohne seine Genehmigung in das Reichstagsgebäude eingedrungen wäre. Auf seine Vorstellung beim Berliner Polizeipräsidenten habe dieser erklärt, dass auch er von dem Vorgehen der Beamten nichts gewusst habe. Der Reichstagspräsident legte gegen das Vorgehender Polizei schärfste Verwahrung ein.

Der Ueberwachungsausschuss protestierte gegen die von der Kriminalpolizei durchgeführte Haussuchung als einen eklatanten Bruch der Abgeordneten-Immunität und verlangte die sofortige Bestrafung der dafür Verantwortlichen. Dieser Beschluss wurde bei Stimmenthaltung des Zentrums gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen angenommen.

SPD. Paris, 13. September (Eig. Drahtb.)

Der fast sieben Monate dauernde Streik der 8000 Schuharbeiter der bretonischen Stadt Fougère ist am Dienstag dank der Widerstandskraft der Gewerkschaften in einem für die Arbeiter günstigen Sinne beendet worden. Die Streikleitung beschloss, die zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmer mit Unterstützung der Regierung ausgearbeiteten neuen Verträge zu unterzeichnen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Unternehmer haben von ihrer ursprünglichen Forderung, die eine allgemeine Lohnsenkung um 25 % vorsah, erheblich ablassen müssen. Die Kürzungen, in die die Gewerkschaften eingewilligt haben, sind je nach der Lohn- und Berufsklasse der Arbeiter verschieden, erreichen aber im Durchschnitt nicht mehr als 10 %.

SPD. London, 13. September (Eig. Dr.)

Die offizielle Anerkennung des neuen mandschurischen Staates durch Japan, das ihn geschaffen hat, ist am Dienstag erfolgt. Die chinesische Regierung sandte aus diesem Anlass Protestnoten an die Signatarmächte des Neun-Mächte-Vertrages, durch den die territoriale Integrität Chinas gewährleistet werden soll.

SPD. Am Dienstag tagte der Auswärtige Ausschuss des Reichstags. Die Regierung war weder erschienen noch vertreten. Die Deutschen Nationalen zeigten wiederum, dass sie mit den Plänen und Zielen der Barone durch Dick und Dünn gehen. Die Mannen Hugenberg's verliessen den Saal. Alle anderen Parteien beschloßen den Reichskanzler, den Aussenminister und den Reichswehrminister aufzufordern, auf Grund des Artikels 33 der Verfassung im Ausschuss zu erscheinen.

Als der Ausschuss am Nachmittag wieder zusammentrat, war die Regierung wieder nicht erschienen. Auch die Deutschen Nationalen fehlten. Es wurde einstimmig ein Antrag Bell (Ztr) angenommen, in dem die Haltung der Regierung als Verfassungsbruch gekennzeichnet wird.

SPD. London, 13. September (Eig. Drahtb.)

In London begann am Dienstag der Internationale Bergarbeiterkongress. Präsident Dejardin machte in seiner Eröffnungsansprache die fehlende internationale Regelung der Kohlenindustrie unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem für die katastrophale Wirtschaftslage des Kohlenbergbaus in den meisten Ländern verantwortlich.

SPD. Der Nazipräsident des Reichstages, Abg. Goering, hat am Dienstag dem Reichskanzler zwei Briefe gesandt.

In dem ersten bittet er Papen, den ihm gemachten Vorwurf des Verfassungsbruches zurückzunehmen, weil hierfür kein Anlass vorliege. In dem zweiten Brief erklärt der forsche und neugebackene Parlamentspräsident, er habe sich inzwischen überzeugt, dass der Reichstag zu Recht aufgelöst sei und deshalb keine weiteren diesbezüglichen Handlungen, wie Sitzungseinberufung usw. durch den Präsidenten vorgenommen würden.

Welch de- und wehmütiger Rückzug des Verfassungshelden Goering nach all den grossphirigen Ankündigungen vom Montag-Abend.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Parasiten.

SPD. Der Chef des Kabinetts der Barone, der Herr Reichskanzler von Papen, hat in seiner Programmrede im Rundfunk mit drohender Stimme den "Parasiten der Wirtschaft" schärfstes Eingreifen angekündigt, die sich auf Kosten der Arbeiterschaft bereichern wollen. Ob dieses Satzes ist allen Arbeitern, die diese Rede gehört haben, die Spucke weggeblieben. Wer sich auf Kosten der Arbeiter bereichert, der wird von Herrn von Papen und seiner Regierung verfolgt?

Angesichts der Tatsache, dass die Unternehmer Steuergutscheine erhalten, während die Löhne der Arbeiter gesenkt werden, klingt dieser Satz äusserst merkwürdig. Er ist es in jeder Hinsicht. Entweder will Herr von Papen die Freiheit des Kapitalismus für die Unternehmer, dann fehlt ihm jede Möglichkeit zur Entscheidung, wer ein Parasit ist und wer nicht. Oder er will die produktive Verwendung der Milliarden geschenke überwachen - und dann müsste er sich schon zum Programm der sozialistischen Aktion bekennen, wenn er die Ueberwachung durchführen wollte!

Aber was versteht die Regierung von Papen überhaupt unter Parasiten der Wirtschaft? Hat diese Regierung jemals etwas von dem Schloss Hohehorst gehört, das die Gebrüder Lahusen sich auf Kosten der armen Textilarbeiter erbaut hatten? Kennt sie nicht die Herrschaftshäuser und die Schlösser der Mächtigen der Schwerindustrie, die Generaldirektorengehälter, die sich die Fürsten der kapitalistischen Produktion ausgeworfen haben? Weiss sie nicht von dem ungeheuren Luxusvermögen, das sich in den Händen der Grossunternehmer angesammelt hat, während Millionen von Arbeiterfamilien nicht wissen, wie sie die dürftigste Kleidung beschaffen sollen?

In unseren Augen sind das alles Parasiten der Wirtschaft, die sich auf Kosten der Arbeiterschaft bereichern. Mögen sie sich auch für unentbehrlich in der deutschen Wirtschaft halten und ihre Rieseneinkommen für knappen Lohn für ihre wichtigen Funktionen ansehen!

Mit Papen gegen die Parasiten? Gemessen am Papen=Programm ist diese Parole in den Augen der Arbeiterschaft ein schlechter Witz, auf den niemand hereinfallen wird. Aber es ist ja auch nur eine geborgte Parole, die wie das ganze Programm der Papen=Regierung von den Nationalsozialisten entlehnt ist. Die reden vom "schaffenden und raffenden Kapital", Herr von Papen von den Parasiten der Wirtschaft. Frage: Sind die von Unternehmern lebenden Nazis nicht samt und sonders Parasiten der Wirtschaft?

Wo das Geld hinkommt.

Wo werden die Milliarden hingekommen, mit denen die Papen=Regierung die Wirtschaft befruchten will? Angesichts des moralischen Zustandes der Besitzenden Deutschlands ist diese Frage nicht schwer zu beantworten. Es wird überall sonst hingekommen werden, nur nicht in die Produktion! Wir lesen in einem ganz grossen Handelsblatt die folgende, auf den Geisteszustand des deutschen Besitzers berechnete Anzeige: "Wenn Sie auf der Börse verdient haben sollten, sichern Sie einen Teil Ihres Gewinnes durch Anlage in Silberbarren. Internationale Substanz mit steigender Tendenz. Das

ist ein guter und liquider Teil Ihres Vermögens." Wer zweifelt noch, dass die Milliarden Geschenke in grossem Umfange in ähnliche Bahnen geleitet werden? Oder glaubt jemand, dass die Leute, die ihr Kapital in Silberbarren oder auf ähnliche Weise festlegen, dafür nun - Steuergutscheine kaufen werden? "Sichern Sie Ihr Vermögen durch Anlage in Steuergutscheinen, das ist ein guter und liquider Teil Ihres Vermögens" - wenn man auf eine solche Anzeige in der deutschen Handlungspresse wartet, da wird man lange warten können!

Balkonloge zum Totschlag gefällig?

Aus einer Verhandlung des Görlitzer Sondergerichts wird eine bezeichnende Episode bekannt. Ein Polizeikommissar, der über Tumulte in Weisswasser am 19. Juli aussagen sollte, erklärte vor Gericht:

"Es lag etwas in der Luft, das der Entladung harnte. Viele Einwohner erwarteten Sensationen und bezeichnend ist die Bitte einer gutsituierten Frau an eine Hotelbesitzerin, ihr einen Platz auf dem Hotelbalkon zu vermieten, um ohne Gefahr sich das Schauspiel ansehen zu können."

Da schlagen die Proleten sich die Köpfe ein, sie zerfleischen sich hasserfüllt, es wird geschossen, Todesopfer fallen - aber das gutsituierte Publikum sitzt in der Balkonloge und sieht sensationslüstern und amüsiert zu, wie sich unten das Volk schlägt.

Man zahlt sogar Eintrittsgeld, um beim Totschlag zusehen zu können! Wann werden den Proleten die Augen aufgehen?

Nazi-Kriegsspiel.

Die nationalsozialistischen Fliegerstaffeln veranstalten systematisch Flugtage, um Propaganda für den Luftkrieg zu machen. Sie haben kürzlich einen solchen Flugtag in Dresden abgehalten. Es war eine regelrechte Militärparade, SA-Aufmarsch verbunden mit Luft-Kriegsspiel. Es wurde vorgeführt der Luftangriff dreier Geschwader auf ein schnell aufgebautes Dorf, das in Flammen aufgeht. Es wurde beinahe ernst aus dem Kriegsspiel, dem der Nationalsozialist Risticz stürzte mit seiner Maschine ab und wurde verletzt!

Ein ähnliches Kriegsspiel soll am 18. September in Braunschweig vorgeführt werden. Das Programm lautet: Bomben auf Braunschweig. Die Junkerswerke stellen zu solchem Kriegsspiel ihre Grossmaschinen zur Verfügung.

Sie können es nicht erwarten, dass der Krieg aus der Luft, die grauenhafteste Form des modernen Krieges, zur Wirklichkeit wird! Vielleicht schwärmen sie auch davon, den Bürgerkrieg aus der Luft zu führen. Wie einfach wäre es, statt des Bandenüberfalls auf Arbeiterstrassen, den sie einst in Braunschweig geübt haben, aus der Luft einige Bomben auf ein Arbeiterviertel zu werfen!

Tendenz und Gesinnung dieser Kriegsübung wird ganz offen gezeigt. In Dresden wurde die Beschliessung eines Ballons, der mit den drei Pfeilen der Eisernen Front bemalt war, durch Naziflugzeuge vorgeführt. Das sagt alles. Es symbolisiert die Bürgerkriegsatmosphäre. Aber gerade dieser Vorgang wurde noch in anderer Weise symbolisiert: der Ballon mit den drei Pfeilen stieg in die Luft, ohne dass die Naziflugzeuge ihn erreichen konnten!

Aus aller Welt

Die rote Mappe.

Schicksalstage des deutschen Parlaments - Wilhelm II.: "Die Hunde sollen zahlen, bis sie blau werden".

SPD. In der Geschichte des Parlamentarismus im Kaiserreich haben die Reichstagsauflösungen ebenfalls eine Rolle gespielt. Die ominöse rote Mappe, die das vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrates unterzeichnete Auflösungsdekret enthielt, ist dem Reichstag nicht weniger als fünf Mal auf den Tisch des Hauses gelegt worden.

Schon der erste Reichstag des neuen Reiches, der unter dem Eindruck des siegreichen Krieges mit einem starken rechten Flügel und zum erstenmal mit 58 Mitgliedern der neuen "ultramontanen" Zentrumsparterie, sowie dem ersten sozialdemokratischen Abgeordneten in das alte Herrenhaus der Leipziger Strasse einzog, konnte sich keines langen Wirkens erfreuen. Noch vor dem Frankfurter Frieden zusammengetreten, wurde er am 29. November 1873 aufgelöst, nachdem die Opposition gegen den Bismarck'schen Kurs, vor allem unter dem Eindruck des Kulturkampfes, auf 133 Stimmen angewachsen war. Bebel, der diesem Reichstag als der einzige Sozialist angehörte, sagte von seiner Arbeit: "Was er für das Wohl des Volkes getan hat, ist gleich Null, wohl aber hat er vieles getan, um die dem Volk angelegten Ketten noch fester zu schmieden". Bebel hatte Recht: Befanden sich doch unter den 382 Abgeordneten nicht weniger als 11 Fürsten und Prinzen, 34 Grafen, 103 Freiherren und Barone.

Aber in den darauffolgenden Wahlen sah Bismarck mit Entsetzen die Opposition gegen seine Diktatur, deren Rücksichtslosigkeit das Volk bald immer mehr zu spüren bekam, immer weiter um sich greifen. Der neue Reichstag zählte schon 9 Sozialisten, während das Zentrum es auf 91 Sitze brachte. Im Kulturkampf unterlegen, suchte Bismarck einen neuen Gegner, er fand ihn in der Arbeiterbewegung, die unter dem Druck der grossen Wirtschaftskrise immer stürmischer answoll. Nach dem ersten Attentat auf Wilhelm I. forderte Bismarck vom Reichstag ein Ausnahmegesetz gegen die verhassten "Reichsfeinde". Der Reichstag brachte mit den Stimmen der Nationalliberalen, deren Ministerhandel mit Bismarck gescheitert war, das Gesetz zu Fall, "um die Unruhe im Volke nicht ins Ungemessene zu steigern". Erst das zweite Kaiserattentat gab Bismarck freie Hand. Gegen den Willen des Ministerrates löste er den unbequemen Reichstag am 11. Juni 1878 auf, um mit einem neuen nicht nur das Sozialistengesetz, sondern auch die geplanten Steuer- und Zollgesetze durchzusetzen.

Die nächste Reichstagsauflösung fällt in das Jahr 1887. Seit 1878 gab es im Reichstag keine feste Mehrheit mehr, drei fast gleich grosse Parteien, Konservative, Liberale und Zentrum, standen sich gegenüber. Die Sozialdemokraten hatten indes gegen 1874 ihre Sitze auf 24 verdoppelt. Seit dem Berliner Kongress hatte sich die aussenpolitische Lage weiter verschlechtert. In Frankreich war eine Militärdiktatur durch Boulanger ans Ruder gelangt, die russisch-französische Annäherung machte Fortschritte - eine furchtbare Spannung lag über ganz Europa. Bismarck, hinter dem die Generäle standen, brachte Ende 1886 eine grosse Militärvorlage ein, die eine Vermehrung des Heeres um 41 000 Mann vorsah. Als ihm der Reichstag, der hintereinander die Bismarck'schen Entwürfe zum Tabak- und Branntweinmonopol abgelehnt hatte, die Erhöhung der Friedenspräsenz nur auf drei Jahre bewilligen wollte, liess

ihm Bismarck das Auflösungsdekret überbringen, und setzte sich auf diesem Wege über den Willen des Volkes hinweg. Im Hinblick auf die aussenpolitischen Verwicklungen gelang es Bismarck, der mit allen Mitteln der Propaganda das Gespenst der Kriegsgefahr an die Wand malte, eine nationalistisch-militaristische Stimmung zu erzeugen, die den Ausfall der Wahl bestimmte und so den neugewählten Reichstag in seiner Zusammensetzung zu einem geeigneten Instrument seiner Machtpolitik gestaltete. Gleich zweimal hintereinander wurde die Erhöhung des Wehretats vom Parlament bewilligt.

Dass sich der Reichstag unter dem Regime Wilhelm II. nie einer besonderen Gunst erfreute, beweisen die vielen Aussprüche, in denen der Kaiser die Reichstagsabgeordneten als "Ochsen" beschimpfte. Als kurze Zeit nach Bismarcks Sturz das Parlament die grosse Heeresvorlage nicht bewilligen wollte, meinte er: "Ich jage den halboverrückten Reichstag einfach zum Teufel". Die Auflösung erfolgte im Frühjahr 1893. Das neue Parlament bewilligte gegen die 44 Stimmen der Sozialdemokraten die Vorlage.

Immer wieder betonte der Kaiser, dass er "kein konstitutioneller Monarch" sei, "der herrscht und nicht regiert". Gestützt auf diese kaiserliche Autorität brachte das Kolonialabenteuer des Jahres 1907 den Machtpolitikern eine neue Gelegenheit zur Durchsetzung ihrer Wünsche. Das Kolonialabenteuer führte zu einer ungeheuren Belastung der Reichsfinanzen. Gemeinsam mit dem Zentrum forderte die Sozialdemokratie weitgehende Abstriche vom Etat, denn wie es sich herausstellte, hatte die Expedition nach Südwestafrika zur Unterdrückung der Herero-Aufstände über 40 Millionen verschlungen. Als schliesslich im Parlament den Nachtragsetat, der riesige Summen aufwies, von den Oppositionsparteien abgelehnt wurde, löste Bülow, dem Wunsche seines kaiserlichen Herrn folgend, den Reichstag im Dezember 1907 auf. "Die Hunde", erklärte Wilhelm, "sollen zahlen, bis sie blau werden".

Dasselbe Spiel wiederholte sich 1913. Nach dem Fiasko der deutschen Aussenpolitik, die es in wenigen Jahren fertigbrachte, einen eisernen Ring um Deutschland zu schmieden, sah man die Sicherheit des Landes nur noch in einem riesigen Heer. Als deshalb die Regierung zur Deckung der grossen Wehrevorlage einen einmaligen Wehrbeitrag forderte, den vor allen Dingen die ärmeren Schichten des Volkes tragen sollten, stellte sich die Sozialdemokratie, die inzwischen auf 111 Sitze angewachsen war, dem zügellosen Militarismus des Kaiserreichs entgegen. Die Antwort war - die Auflösung.

Die erste Reichstagsauflösung in der Republik erfolgte im März 1924, als der Reichstag die Abänderung der berüchtigten Steuernotverordnung beantragte. Die Neuwahlen brachten ein Ansteigen der reaktionären Stimmen. Als aber die Deutschnationalen im neugewählten Reichstag durch ihren Streit um die Ministersessel die Arbeitsunfähigkeit herbeiführten, wurde wieder eine Auflösung des Parlamentes verfügt. Die Neuwahlen führten die SPD als stärkste Partei in den Reichstag zurück. Das Jahr 1930 sah die dritte Reichstagsauflösung in der Republik. Sie erfolgte, als das neugebildete Kabinett Brüning keine parlamentarische Mehrheit für sein Regierungsprogramm erlangen konnte.

Die Vorgänge, die zur Auflösung des deutschen Reichstages im Juni 1932 führten, stehen noch in frischer Erinnerung. Dieser Reichstag wurde aufgelöst, weil Herr von Papen 107 Nationalsozialisten zu wenig waren. Er wollte "die verständige Bewegung" stärker im Parlament vertreten sehen. Aus 107 wurden 230 - das war Herr von Papen wieder zu viel. Die Sozialdemokratie wird nun alles daran setzen, dass ein Parlament mit einer gesünderen Kastenverteilung, wie sie der antikapitalistischen Sehnsucht des Volkes entspricht, gewählt wird, um dem Volke endlich zu geben, was es braucht, um leben zu können:

Sozialismus - Freiheit!

A.P.

Kinderlähmung. In den Kriesen Kalau und Kottbus sind zahlreiche Fälle von spinaler Kinderlähmung festgestellt worden. Fünf verliefen bisher tödlich.

+ + +
17 Personen ertrunken! Auf dem Junja-Fluss, in der Nähe der indischen Stadt Allahabad, kenterte ein mit Pilgern besetztes Boot. 17 Personen fanden den Tod in der Flut.

+ + +
Daubmann in Berlin. Der nach 16jähriger Abwesenheit in seine badische Heimat zurückgekehrte angebliche frühere Kriegsgefangene Oskar Daubmann weilt zurzeit in Berlin. Das deutsche Auswärtige Amt, die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener und andere Stellen sind weiterhin um die Aufklärung darüber bemüht, ob Daubmanns geradezu märchenhaft klingende Erzählungen der Wahrheit entsprechen.

+ + +
Natürlich SA... Beamte der Berliner politischen Polizei nahmen fünf Nationalsozialisten fest, die in der Nacht zum 17. August dieses Jahres in Gross-Galow bei Kottbus ein Siedlungshaus der "Jüdischen Heimstättengesellschaft" in die Luft gesprengt haben. Obwohl die Festgenommenen nur teilweise ein Geständnis abgelegt haben, gelten sie sämtlich als überführt. Einer der Nazisprenger ist SA.-Führer.

+ + +
Das Ende... Das bekannte Leipziger Auktionshaus Börner kündigt u.a. die Versteigerung der Kölner Sammlung Stinnes an. Stinnes hatte wertvolle Stücke deutscher und internationaler Graphik, ausserdem viele bibliophile Kostbarkeiten in seinen Besitz gebracht. Er leistete sich auch den etwas snobistischen Luxus, von allen nummerierten bibliophilen Luxusausgaben, die auf den Markt kamen, jeweils die Nr. 1 zu sammeln. Einer, der einen guten Einfall hatte und Geld brauchte, liess von einem Buch für Stinnes eigens nur die Nr. 1 herstellen.

+ + +
Chronik des Bahnhofs... Auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin wurde auf Grund eines Haftbefehls aus Prag der des Betruges verdächtige tschechische Grossindustrielle Franz Stejkal festgenommen. - Ferner traf am Dienstag-Abend gegen 7 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof der in Stuttgart verhaftete 23-jährige Friedrich Stark, der Mörder der Berliner Sprachlehrerin Bruscato, ein. Stark hat während seiner Vernehmungen in Stuttgart keine Schilderung der Tat gegeben; er bestritt auch, je mals ein Geständnis abgelegt zu haben; schliesslich behauptete er, dass ihm der Name Bruscato überhaupt fremd sei. Am Mittwoch-Vormittag wird Stark auf dem Berliner Polizeipräsidium einem Kreuzverhör unterzogen werden. Der Stuttgarter Untersuchungsrichter hat an Starks Täterschaft keinen Zweifel.

+ + +
Dr. Heinrich Dehmel +. Der Sohn des Dichters Richard Dehmel, der Berliner Arzt Dr. Heinrich Dehmel, schied durch Veronalvergiftung freiwillig aus dem Leben. Wirtschaftliche Notlage hat hier auf tragische Weise ein im höchsten Grade sittlich bestimmtes Leben beendet. Dr. Heinrich Dehmel leitete eine Beratungsstelle für Selbstmörder...

+ + +
Gerettet! Die "fliegende Familie" Hutchinson ist gerettet. Ein englischer Fischdampfer fand das Transozeanflugzeug der Familie Hutchinson, das am Sonntag-Nachmittag 25 Seemeilen südlich von Angmasalik auf offenem Meer niedergehen musste, am Dienstag-Morgen treibend auf.

Wirtschaft Technik Handel

Papen unter Anklage.

10 Millionen Deutsche durch Autarkie bedroht.

SPD. Nach dem Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten hat sich während des Monats August im deutschen Maschinenbau über die Saisonerscheinungen hinaus keine Auftragszunahme eingestellt. Das Auslandsgeschäft war allgemein recht still. Der Geschäftsverkehr war durch Devisenschwierigkeiten und andere Ausfuhrerschwerungen - Folgen der deutschen Autarkiebewegung - nach wie vor stark behindert. Immerhin führten die während der letzten Monate eingetretenen leichten Auftragssteigerungen zu einer weiteren kleinen Erhöhung der Arbeitszeit auf rund 39,5 Wochenstunden und zu einer Zunahme des Beschäftigungsgrades von 30 auf 31 % der Normalbeschäftigung.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten setzt sich in seinem diesmaligen Monatsbericht in eindeutiger Weise mit dem Autarkiewahnsinn der Nazis und der Reichsregierung auseinander. Er schreibt u.a.:

"Mehr als die Hälfte der Beschäftigung der deutschen Maschinenindustrie entfällt zurzeit immer noch auf die Ausfuhr. Grosse Werte sind für den Wiederaufbau der Vertretungen der deutschen Maschinenindustrie im Auslande während des letzten Jahrzehnts aufgewandt worden. Nachgewiesenermassen haben 1931 fast 10 Millionen Deutsche unmittelbar und mittelbar von der Ausfuhr gelebt. Es wäre ein schwerer Fehler der deutschen Wirtschaftspolitik, die Ausfuhr noch mehr als bisher dadurch zu gefährden, dass Deutschland zu dem Experiment einer Zwangsregelung der landwirtschaftlichen Einfuhr übergeht und damit die Abschliessung der übrigen Welt gegen deutsche Fertigerzeugnisse Vorschub leistet. Der Druck auf die Preise deutscher landwirtschaftlicher Erzeugnisse kommt bei der gegenwärtigen Lage nicht so sehr vom Ausland, als wie mehr von der katastrophal gesunkenen Kaufkraft der inländischen Bevölkerung, insbesondere der Industriearbeiterschaft. Jede Störung unserer Aussenhandelsbeziehungen würde Millionen von Arbeitern der Exportindustrie mit vermehrter Arbeitslosigkeit bedrohen, ihre Kaufkraft für landwirtschaftliche Erzeugnisse noch weiter schwächen und damit den Preisdruck noch verschärfen."

Das ist von einer der grössten Unternehmerorganisationen in Deutschland geschrieben und wir Sozialdemokraten, die wir seit drei Jahren im heftigsten Kampf gegen den Lohnabbau, die Kaufkraftdrosselung und die Verwirklichung autarkistischer Agrarpläne stehen, können das nur unterschreiben, können nur wünschen, dass die wirtschaftliche Vernunft, die aus den Darlegungen der deutschen Maschinenindustrie spricht, allgemeine Auffassung des deutschen Volkes wird. Es kommt darauf an, die vor uns liegenden Wochen der Wahltagitation zur Entfaltung einer allgemeinen Volksbewegung zu benutzen, die endlich mit den Verderbern der Kaufkraft, den Lohndrückern und den deutschen Autarkisten Schluss macht. Es geht wirklich darum, ob Millionen von Deutschen in Zukunft Arbeit und Auskommen finden.

Die Front muss sich in erster Linie gegen die Papenregierung richten, die sich zur Vollstreckerin der brutalsten Wünsche eines rückständigen und

sozial verantwortungslosen Unternehmertums gemacht hat. Mit derselben Heftigkeit aber auch gegen die Nazis, die - nach ihrem eigenen Geständnis - ihren breiten Rücken hergehalten haben, damit die Politik der Papenregierung erst möglich wurde.

SPD. Das Reichsstatistische Amt gibt über die Entwicklung der Börsenkurse, Stand der Kurse in den Jahren 1924 bis 1926 = 100 gesetzt, während der letzten Woche der Hausse, die wohl mit dem 10. September ihren Höhepunkt erreichte, folgenden Ueberblick:

Börsenindicies	Wochendurchschnitt vom 5. Sept. bis 10."	Wochendurchschnitt vom 29.8. bis 3. 9.	Monatsdurchschnitt August
1. Aktienkurse			
Index 1924 - 1926 = 100			
Bergbau und Schwerindustrie	61,77	59,50	54,06
Verarbeitende Industrie....	54,12	51,17	46,21
Handel und Verkehr	66,69	63,58	60,90
Gesamt	59,49	56,67	52,22
2. Kursniveau der 6%igen festverzinslichen Wertpapiere			
Pfandbriefe.....	71,49	67,96	68,31
Kommunalobligationen.....	59,52	56,10	55,73
Oeffentliche Anleihen.....	64,18	59,54	57,75
Industrieobligationen.....	63,40	59,77	57,09
Durchschnitt.....	67,39	63,62	63,17

Am Dienstag hat sich die Börsenlage weiter verschlechtert. Käufer fehlen so gut wie völlig. Man hält es für angebracht, grösste Vorsicht walten zu lassen. Ausserdem scheint die Spekulation durch die Preisrückgänge auf dem Metallmarkt (Bleikupfer) verstimmt zu sein.

Der Montanmarkt war verhältnismässig besser gehalten, wahrscheinlich infolge Hoffnungen auf neue Russenaufträge. Die Baisse in AEG-Aktien setzte sich auch am Dienstag fort, wo nach 41,5 und 36 % in den Vortagen ein neuer Tiefstand von 32 erreicht wurde. Man will wissen, dass die AEG eine Zusammenlegung ihrer Aktien im Verhältnis von 4 : 1 plant. Bisher glaubte man, dass sich der Kapitalschnitt bei der AEG auf eine Zusammenlegung von 2 : 1 beschränken würde. Mit Recht weist man darauf hin, dass die AEG-Verwaltung die Pflicht gehabt hätte, die Oeffentlichkeit über den bevorstehenden Kapitalschnitt besser zu informieren. Man hätte so die ungesunde Entwicklung des AEG-Kurs während der letzten Wochen vermieden, womit schliesslich dem Unternehmen in erster Linie gedient worden wäre.

Der Rentenmarkt gestaltete sich am Dienstag freundlicher. Zu niedrigen Kursen lagen auch Kaufaufträge vor.

SPD. Die Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Aktiengesellschaft gibt die während des Monats August gestellten Anträge in der Volks- und Lebensversicherung mit rund 10 098 an. Die Versicherungssumme beträgt 3,463 Millionen Mark. Damit steht die Volksfürsorge an der Spitze aller Versicherungsgesellschaften, trotzdem auch die grossen Unternehmungen unter Druck der Wirtschaftskrise dazu übergegangen sind, gerade für die kleine Lebensversicherung zu werben. Der Aufstieg der Volksfürsorge auch während der Krise ist ohne Zweifel ein Ausdruck der wirtschaftlichen Kraft und der ökonomischen Fähigkeit der modernen Arbeiterbewegung.

SPD. Die Konkursverwaltung des Kreugerkonzerns hat sich die Mühe gemacht, einmal den von Ivar Kreuger angewandten Betrugsmethoden nachzuspüren. Man kann das Vorgehen der Schweden nur für deutsche Verhältnisse empfehlen.

Es sind dabei nämlich recht interessante Dinge zum Vorschein gekommen. Einmal sehen wir das Finanzgenie Ivar Kreuger ohne den Nimbus des erfolgreichen Finanziers; das andere wird ein fürchterliches Urteil über die vielgerühmte Kontrollinstanz in der privatkapitalistischen Wirtschaft, den Aufsichtsrat, gefällt. Es wird festgestellt, dass der Aufsichtsrat falsche Bilanzen in die Welt hinausgehen liess, obwohl schon eine oberflächliche Betrachtung dieser Bilanzen die Betrügereien Ivar Kreugers hätten erkennen lassen müssen. Die verschiedenen Aufsichtsräte im Kreugerkonzern haben Dinge unterschrieben, bei denen es sich um Millionen und Abermillionen handelte und die nicht überprüft und nachgeprüft waren. Als ein bekanntes Aufsichtsratsmitglied einige Millionen Kursverluste erlitt, wurde er mit Mitteln der Gesellschaft entschädigt, damit er das Maul hielt.

Das sind Dinge, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften seit Jahren gerügt werden. Bis jetzt hat man sich aber nicht entschliessen können, nach den Vorschlägen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften eine wirkliche Kontrolle in der privatkapitalistischen Wirtschaft einzurichten. Müssen, so fragt man sich, noch schlimmere Katastrophen kommen, um die Nichtigkeit und Haltlosigkeit der gegenwärtigen Kontrolle und die Notwendigkeit der sozialdemokratischen Vorschläge nachzuweisen?

Ueber Kreuger selbst sagt der Bericht der Konkursverwaltung, dass Ivar Kreuger schon Bilanzen korrigierte und fälschte, ehe die grossen Verluste im Kreugerkonzern eingetreten waren. Kreuger wäre ein Genie im Betrug gewesen, aber kein Finanzgenie.

SPD. In den letzten Tagen haben Verhandlungen zwischen der Sowjet-Regierung und der deutschen Schwerindustrie stattgefunden, die von verschiedenen Blättern so ausgelegt worden sind, als ob die russische Regierung neue Aufträge an die deutsche Industrie geben wolle bzw. schon gegeben hätte. In diesem Zusammenhang wird ein Auftrag der Russen für 20 000 Tonnen Eisen erwähnt. Leider müssen wir feststellen, dass es sich um keine neuen Russenaufträge handelt. Auch in Westfalen, dessen Riesenwerke die russische Delegation besucht hat, sind anscheinend keine Neuaufträge erteilt worden.

Die in der Presse immer wieder genannten 20 000 Tonnen, die im besten Fall einen Wert von 2 Millionen Mark repräsentieren, hängen mit dem Russengeschäft vom Sommer 1932 zusammen. Die Russen hatten damals Aufträge für 125 000 Tonnen zugesagt, die bis Ende 1932 abberufen werden müssen. In der Zwischenzeit haben die Russen aber, aus handelspolitischen Gründen heraus, von diesen 125 000 Tonnen, die der deutschen Schwerindustrie zugesagt waren, ungefähr 30 000 Tonnen den Engländern zur Lieferung überlassen. Die deutsche Industrie wurde dadurch abgefunden, dass die Russen versprachen, die verbleibenden 90 000 Tonnen zum Teil als Qualitätsware mit höheren Preisen abzunehmen, während die ursprüngliche Zusage auf gewöhnliche handelsübliche Ware lautete. Die neuen Verhandlungen mit den Russen drehen sich anscheinend darum, die Abwicklung des erwähnten Auftrages durchzuführen.

SPD. In der Rede, die der Reichskanzler nach der Auflösung des Reichstags durch den Rundfunk gehalten hat, fügte er seinem Wirtschaftsprogramm einiges Neue zu. Während das "Herumwerfen des Steuers der Wirtschaft" durch Anschluss Deutschlands an eine langsame Besserung in der Weltwirtschaft wieder hervorgehoben wird, werden gleichzeitig den Absperrungstendenzen der Landwirtschaft neue Konzessionen gemacht.

In der Redeweise der Autarkiefreunde betont Herr von Papen wieder einmal, dass es "die wichtigste Voraussetzung jeder nationalen Politik sei, die Selbständigkeit der deutschen Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen". Dazu bedürfe es der Hebung der Kaufkraft der Konsumenten für landwirtschaftliche Produkte (die man offenbar durch vielfältige Lohnsenkungen erreichen zu können glaubt. Red.) Es dürfte der Fernhaltung der vom Weltmarkt ausgehenden Störungsmomente, der Kontingentierung bestimmter Einfuhrartikel und Minderung der Lasten durch Zins- und Steuersenkung. Das ist aktes ein erneutes Bekenntnis zu den Absperrungstendenzen des Landbundes, deren Durchführung handelspolitisch den Anschluss an eine bessere Weltmarktkonjunktur durch vermehrten Absatz von Industrieprodukten kaputt machen muss.

Dass die Verminderung der Arbeitslosenzahl die entscheidende soziale Aufgabe der Gegenwart ist, wird sicherlich von niemandem bestritten. Aber den Nachweis dafür, dass auch nur eine Chance besteht, dieses Ziel durch die Steuergeschenke an die Unternehmer auf der einen Seite und die gleichzeitige Zerstörung der Tarife zum Zwecke der Lohnsenkung auf der anderen Seite zu erreichen, ist Herr von Papen selbstverständlich auch in dieser Rede schuldig geblieben.

Von der Sozialversicherung wird erneut gesagt, dass man sie erhalten wolle, wie ja überhaupt die Hindenburgsche Weisung, dass die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben soll, immer wie ein Schirm vor die Ankündigung der tatsächlichen unsözialen Massnahmen gehalten wird. So heisst es auch bei dem grundsätzlichen Bekenntnis zur Sozialversicherung, dass Leistungen preisgegeben werden müssten, die selbst über die Kräfte einer gesunden Wirtschaft hinausgegangen wären. Wie man ein weiteres Preisgeben von Leistungen für die ärmsten Schichten mit der Sicherung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft unter Wahrung des sozialen Gedankens vereinbaren will, wird wohl ein ewiges Geheimnis der Freiherrn-Regierung bleiben. In Wirklichkeit versucht sie nur den nicht gerade neuen Beweis, dass man ein gewisses soziales Mäntelchen im Regen sehr gut mit einer eindeutig sozialreaktionären Handlungsweise verbinden kann.

Schliesslich hat Herr von Papen noch einmal sein Bekenntnis zur Erweckung der Privatinitiative abgelegt und an den guten Willen der Unternehmer appelliert. Dabei scheint sein Vertrauen in diesen Erfolg selbst nicht allzu gross zu sein; denn er hielt es für nötig, den freien Unternehmern, auf die er alle seine Hoffnungen gründet, gleichzeitig zu drohen:

"Misslingt der Plan der Reichsregierung, über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben und ihm seine volle Leistungsfähigkeit zurückzugeben, dann ist das freie Unternehmertum verloren."

Wir glauben, dass das Wirtschaftsexperiment der Regierung von Papen misslingen muss, schon weil es in sich widerspruchsvoll ist, indem es im gleichen Augenblick die Produktion anzukurbeln versucht und die Massenkaukraft, von der die Produktion auf die Dauer nur leben kann, weiter drosseln will. Wir hätten gewiss nichts dagegen, wenn die verlorene Position des freien Unternehmertums und die Notwendigkeit planmässiger staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft endgültig erwiesen werden sollte. Aber wir glauben, dass es ungerecht ist, wenn man so tut, als ob das Gelingen oder Misslingen eines unvernünftigen und widerspruchsvollen wirtschaftspolitischen Planes abhängig

von der Bravheit und dem guten Willen der einzelnen privaten Unternehmer sei. Wir wissen ausserdem, dass die Last und den sozialen Druck, der von einem solchen Misslingen ausgeht, nicht allein und nicht einmal in erster Linie das freie Unternehmertum zu tragen haben wird, sondern vor allen Dingen die Arbeiterschaft, deren Löhne gesenkt, deren Tarifrecht zerstört und deren Sozialversicherung abgebaut werden soll.

Weil wir trotz der pathetischen Drohungen des Herrn von Papen wissen, dass das Experiment zur Ankurbelung, das mit der Erfüllung aller sozialre=aktionären Wünsche verbunden ist, auf Kosten der Arbeiterschaft gehen wird, deshalb führen wir den Kampf gegen die Wirtschafts= und Sozialpolitik des Herrenkabinetts mit allen Mitteln. Das sozialdemokratische Volksbegehren, das sich aus formalen Gründen nur gegen den allerdings schlimmsten sozial=politischen Abschnitt der Notverordnung wenden kann, das aber zugleich ein=geordnet ist in den Kampf gegen die gesamte Papen=Notverordnung, muss und wird eine wichtige Etappe in dem Kampf zur Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiterschaft und der sozialpolitischen Einrichtungen in Deutschland werden.

Berliner Viehmarkt.

(13. Sept.)

SPD. Der Auftrieb auf dem Schweinemarkt war mit über 12 200 Tieren um etwa 3 000 grösser als auf dem letzten Markt. Bei ruhigem Geschäft gaben die Preise, mit Ausnahme der Preise für Mettschweine, nach. Preisabflachun=gen setzten sich auch zum Teil auf dem Hammelmarkt durch. Besser liess sich das Geschäft auf dem Kälber= und auf dem Rindermarkt an.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 45 - 46 (46), b) 240 bis 300 Pfund 44 - 45 (45 - 46), c) 200 bis 240 Pfund 42 - 44 (43 - 45), d) 160 bis 200 Pfund 39 - 41 (41 - 43), e) 120 bis 160 Pfund 36 - 37 (37 - 39), Sauen 40 - 41 (42). Schafe: a) 30 - 31 (30 - 32), b) 33 - 35 (33 - 35), c) 27 - 30 (28 - 32), d) 14 - 25 (15 - 26). Kälber: b) 45 - 54 (45 - 52), c) 40 - 50 (37 - 47), d) 25 - 35 (22 - 33), Kühe: a) 24 - 26 (25 - 26), b) 21 - 24 (21 - 24), c) 17 - 20 (17 - 20), d) 10 - 16 (11 - 16).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 13. September. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 111, II. Qualität 101, abfallende Sorten 92 RM. Tendenz: stetig.

Ruhig.

(Berliner Getreidebörse vom 13. Sept.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Dienstag recht ruhige Stimmung. Die Umsatztätigkeit hielt sich bei kleinster Unternehmungslust in engen Grenzen. Das Angebot an Weizen hat sich etwas vergrößert, sodass zunächst die Preise rückläufig waren. Im Verlaufe der Börse trat jedoch trotz geringer Kauflust der Mühlen eine Erholung ein, sodass am Markte der Zeitgeschäfte die zunächst rückläufigen Preise sich wieder befestigen konnten. Nur am Promptmarkt verloren Weizen und Roggen je 1 Mark. In Roggen war das Angebot zwar klein, jedoch herrschte auch hier nur knappe Kaufneigung. Die Preise konnten sich am Markte der Zeitgeschäfte in den vorderen Sichten behaupten, während später auch Preisgewinne zu verzeichnen waren. Am Mehlmarkt zeigte sich keinerlei Belebung. Für Weizenmehl waren die Forderungen um 25 Pfennig erhöht, trotzdem wurde nur wenig Material gekauft. In Roggenmehl herrschte bei unveränderten Forderungen laufendes geringes Konsumgeschäft. Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot war zwar nicht gross, aber auch die Nachfrage hielt sich in allerengsten Grenzen. Gerste blieb fast umsatzlos.

	<u>12.9.</u>	<u>13.9.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	206-208	205 - 207
Roggen	161-163	160 - 162
Braugerste	174-184	174 - 184
Futter- und Industrierogerste	167-173	167 - 173
Hafer	136-141	136 - 141
Weizenmehl	24,75-30,00	25,00 - 30,00
Roggenmehl	21,75-24,00	21,75 - 24,00
Weizenkleie	10,00-10,40	10,00 - 10,40
Roggenkleie	8,40-8,90	8,40 - 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Sept. 219-220 G. (220), Okt. 219-220 G. (220), Dez. 219-220 G. (220), März 224½-226 (225½), Roggen Sept. 173½-174 G. (174), Okt. 174-174½ (173½) Dez. 174½-176 (174½), März 177½-179 (176½) Hafer Okt. - (143), Dez. bis 145 (-).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)R#	0,65 - 0,80
" " WeizenstrohR#	0,50 - 0,60
" " HaferstrohR#	0,50 - 0,60
" " GerstenstrohR#	0,50 - 0,60
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündeltR#	0,65 - 0,85
Bindfadengepresstes RoggenstrohR#	0,50 - 0,70
" " WeizenstrohR#	0,45 - 0,55
Häcksel	Tendenz behauptet	R# 1,30 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	1. Schnitt.....R#	1,85 - 2,15
	2. Schnitt.....R#	1,30 - 1,50
Luzerne, loseR#	2,00 - 2,30
Thymothee, löseR#	2,10 - 2,40
Kleeheu, loseR#	1,90 - 2,20
Drahtgepresstes HeuR#	0,40 über Notiz

Tendenz ruhig.

Gewerkschaftliche Rundschau

Sünde wider den Geist.

SPD. Die Regierung Papen schafft mit ihrer zweiten Notverordnung geradezu ungeheuerliches Lohnelend. Wer arbeitet, bekommt so viel, wie wenn er nicht arbeiten würde. Das Lohn Einkommen sinkt in tausenden und abertausenden von Fällen unter die Wohlfahrtsunterstützung. Die Regierung hat die Wünsche der Scharfmacher restlos erfüllt. Das Schlimmste aber ist, dass sie das auch noch gegen ihre eigene Ueberzeugung getan hat. An massgebenden Regierungsstellen ist man nämlich durchaus davon überzeugt, dass eine Weiterführung des Lohnabbaus vollendet Irrsinn ist. Man erkennt also die Wahrheit, widerstrebt ihr aber. Das ist die Sünde wider den Geist, die nicht verziehen wird. Hier der Beweis:

Mehrfach hat man sich in der jüngsten Zeit im Kreis der Reichsbehörden darüber unterhalten, ob für die Arbeitnehmer der Reichs- und Staatsbetriebe die Einführung der Vierzigstundenwoche irgendwelchen Einfluss auf die Arbeitsmarktlage haben könnte. Man ist, wie aus einem dem Ministeramt des Reichswehrministeriums unter dem 30. August zugegangenen Verhandlungsprotokoll hervorgeht, zu der Ueberzeugung gekommen, dass die allgemeine Einführung der Vierzigstundenwoche bei den Heeresdienststellen nur einen verhältnismässig geringen Nutzeffekt habe. Das ist nicht unrichtig. Bei den Heeresdienststellen allein fällt eine Arbeitszeitverkürzung nicht ins Gewicht. Im Bereich des Reichswehrministeriums wird auch heute bereits vielfach kurz gearbeitet, und die Zahl der in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen ist nicht so erheblich, dass durch Arbeitszeitverkürzung erwirkte Neueinstellungen den Arbeitsmarkt nennenswert entlasten. Will man in den öffentlichen Betrieben eine fühlbare Abhilfe schaffen, dann bleibt nur übrig, die Arbeitszeit allgemein und zwar für Arbeiter, Angestellte und Beamte auf 40 Stunden zu kürzen. Dann würde die Zahl der zur Einstellung kommenden Arbeitnehmer schon ins Gewicht fallen.

Aber nicht die Frage der Vierzigstundenwoche sondern die Feststellung, dass nun auch das Reichswehrministerium und das Reichsfinanzministerium von weiteren Lohnsenkungen nichts mehr wissen wollen, ist das Kernstück des erwähnten Protokolls. In ihm steht wörtlich folgendes zu lesen:

"Der Vertreter des Finanzministeriums betonte in erster Linie die Tarifgebundenheit der Frage der Arbeitszeit und wies nach, dass zuma! in den unteren Gruppen der Angestellten und Arbeiter eine weitere Einkommenskürzung durch Herabsetzung der Arbeitszeit nicht mehr möglich erscheine, ohne dass die Zuverlässigkeit der Arbeitnehmer und ihr Arbeitswille leide - ein Punkt, auf dessen Wichtigkeit besonders auch vom Vertreter der Heeresverwaltung hingewiesen wurde."

Hier wird also von massgebenden Stellen selbst bestätigt, worauf die Gewerkschaften wiederholt bei den Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium aufmerksam gemacht haben: dass es nämlich bei den gegenwärtigen Lohnverhältnissen den Arbeitnehmern in den Reichs- und Staatsbetrieben nicht mehr möglich ist, sich auf ehrliche und redliche Weise durchs Leben zu schlagen. An mancher verantwortlichen Stelle ist ein Licht aufgegangen. Bei der Schaffung der Notverordnung wurde aber aus der Erkenntnis keine Lehre gezogen. Den falschen Weg sehen und ihn doch gehen - ist das die neue Staatsführung?

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat im Tarifkonflikt der Masschneider den Antrag der Arbeitnehmer auf Verbindlichkeitserklärung des vor kurzem gefällten Schiedsspruchs abgelehnt und zwar mit der Begründung, die "gesetzlichen Voraussetzungen" seien nicht gegeben.

Das ist auch eine Begründung. Wozu aber überhaupt eine Begründung? Schliesslich hat es sich ja bereits herungesprochen, dass unter dem neuen Kurs Verbindlichkeitserklärungen nicht mehr erfolgen. Allerdings gibt es sogar in der demokratischen Presse gutmütige Leute, die auch dafür noch eine beruhigende Erklärung zur Hand haben. Sie machen darauf aufmerksam, dass gerade auf dem Gebiet des Tarif- und Schlichtungswesens die Verordnung nicht alle Befürchtungen erfüllt habe, die gehegt worden seien. Die Anerkennung des Tarifgedankens sei grundsätzlich aufrecht erhalten worden, und auch die Verbindlichkeitserklärung bleibe im Prinzip bestehen. Zwar habe der jetzige Reichsarbeitsminister in keinem einzigen Fall eine Verbindlichkeitserklärung erlassen, und es sei anzunehmen, dass er es auch weiterhin nicht tun werde; aber daraus folge noch nicht, dass er ein Feind der Verbindlichkeitserklärung sei, sondern es könne eben so gut sein, dass ihm umgekehrt daran liege, die Institution für die Zukunft zu retten, was vielleicht nicht möglich sei, wenn jetzt Schiedssprüche für verbindlich erklärt und dadurch die Widerstände vieler Unternehmer gegen die Einrichtung gereizt würden. Es heisse, dass dies, tatsächlich das Motiv des Ministers sei.

Mag sein, dass das das Motiv des Ministers ist. Jedenfalls sind die Unternehmer in ihrer übergrossen Mehrheit mit der praktischen Haltung des Ministers durchaus einverstanden. Warum soll nicht die Verbindlichkeitserklärung im Prinzip bestehen bleiben? Es kommen ja auch wieder einmal andere Zeiten, wo die Unternehmer gar nichts dagegen haben, wenn ein Streik mit Hilfe einer Verbindlichkeitserklärung abgewürgt wird. Einstweilen genügt den Unternehmern es vollkommen, wenn der Arbeitsminister tatsächlich keinerlei Verbindlichkeitserklärung mehr ausspricht. Das bedeutet, dass sie praktisch im Augenblick nicht mehr existiert. Dieser reale Tatbestand und nicht die Motive des Arbeitsministers sind für die Arbeiterschaft in ihrer Beurteilung des neuen Kurses massgebend.

SPD. Theater, Konzert, der Gesangverein und die Kulturorganisationen der Arbeiter sind von der Krise schwer heimgesucht worden. Am stärksten aber hat die Not der Zeit die in öffentlicher Hand befindlichen Theater und damit auch die Volksbühnenbewegung getroffen. Die Gemeinden führen einen verzweifelten Kampf um die Aufbringung der Erwerbslosenunterstützung. Sie müssen sparen. Trotzdem darf die Arbeiterschaft nicht zulassen, dass ihr die Teilnahme am Kulturleben der Zeit langsam völlig unmöglich gemacht wird. Sie hat allen Anlass, auf der Hut zu sein, weil nun auch noch unter dem neuen politischen Kurs die Rückwärtser aller Schattierungen Morgenluft wittern.

Um den hier neu auftretenden Gefahren wirksam begegnen zu können, ist eine Abwehrfront geschaffen worden. Sie besteht aus dem Verband der deutschen Volksbühnenvereine, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und dem Sozialistischen Kulturbund sowie aus den am Theater direkt beteiligten Gewerkschaftsorganisationen. Diese Körperschaften haben dieser Tage an ihre öffentlichen Verwaltungsstellen ein Rundschreiben erlassen, worin dazu aufgefordert wird, in allen Theaterstädten Deutschlands Theaterausschüsse ins Leben zu rufen. Die Aufgaben dieser Ausschüsse sind: Fühlungnahme und Verständigung der Organisationen, um eine Einheitlichkeit in den Aktionen der Abwehrfront zu gewährleisten, Einflussnahme auf alle öffentlichen Körperschaften zu Gunsten der Erhaltung und des Auf-

baues der sozialen Theater und Kunstpflege, planmässige Erfassung der in den Organisationen zusammengeschlossenen Massen für das Volkstheater und nachdrückliches Eintreten für die Arbeit der örtlichen freien Theaterbesucherorganisation (Volksbühne), Abwehr aller kultur- und kunstfeindlichen Bestrebungen politischer und anderer Gruppen, namentlich im Hinblick auf das Theater und Schliesslich Vorbereitung sowie Durchführung öffentlicher Kundgebungen zur Erhaltung des Theaters bzw. zur Sicherung des kulturellen Regietheaters.

Erfolgreich werden diese Ausschüsse nur arbeiten können, wenn in Zukunft auch die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft sich wieder mehr als bisher nicht nur um kulturpolitische Angelegenheiten, sondern um Kultur und Geist überhaupt kümmert. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein - selbst nicht in dieser Hunger- und Elendszeit, und die Menschheit kann auch nicht durch wirtschaftliches Denken allein für den Aufbau einer besseren, einer sozialistischen Welt befähigt werden. Unsere Zeit braucht Dichtung - dies auf dem Essener Katholikentag gefallene Wort gilt vor allem auch für die Arbeiter. Der seelische Schwung der Arbeiterbewegung hat im Laufe des letzten Jahrzehnts durch das Vordrängen stark materieller, technischer und sportlicher Interessen an Kraft nicht gewonnen. Ein neuer Aufbruch der seelisch-geistigen Kräfte der Arbeiterbewegung wäre die beste Voraussetzung nicht nur für die Erhaltung, sondern auch für den Um- und Neubau einer sozialen deutschen Theaterkultur.

SPD. Sie können es nicht lassen - das Gekeife und Geschimpfe gegen die Gewerkschaften. Da führt nun seit Wochen der Deutsche Textilarbeiterverband einen verzweifelten Kampf, um in dem grossen sächsischen Textilgebiet die Lohnabbaupläne der Unternehmer zu durchkreuzen. Was machen aber die Herren Kommunisten? Oed und blöd hetzt ihre RGO seit Wochen gegen den Verband. Und hätte doch allen Anlass, vor der eigenen Türe zu kehren. Der "Rote Textilarbeiterverband" in Limbach hat bis jetzt noch keinen Finger gerührt gegen den Abbau der Löhne. Wir erinnern nur an den erst vor zwei Wochen erfolgten Abschluss des Werktarifs im Glanzstoffwerk Tannenberg, wo der RGO-Betriebsratsvorsitzende einen Lohnabbau von 15 Prozent vereinbarte. Bei der Firma Liebermann in Falkenau arbeiten Mitglieder der RGO schon seit dem 2. September um 5% billiger. Der Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat dem Lohnabbau nicht zugestimmt.

Wenn die Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes den Unternehmern und den Schlichtern gegenüber erklären, die Löhne dürften nicht abgebaut, sie müssten erhöht werden, dann schreibt die KPD-Presse: "Die Bürokratie des DTV macht den Weg frei für Lohnabbau durch Hungerschiedsspruch."

Lieber keinen Tarifvertrag als Lohnabbau - das ist der Standpunkt des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Für die kommunistische Presse ist das eine "offene Verratserklärung".

Die RGO-Führung ist also der gleichen Meinung wie viele ihrer Angehörigen, die in den Betrieben den Lohnabbau ruhig hingenommen haben. Kein Wunder, wenn die Textilunternehmer und die Vertreter der Textilarbeitgeberverbände sagen, dass sie lieber mit RGO-Leuten verhandeln als mit dem Deutschen Textilarbeiterverband.